

Billigere Schulbusse, mehr Studienbeihilfe

Von Jürgen Heck

Wie bereits Ende vergangener Woche angedeutet, hat die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei ihrer gestrigen Sitzung Zusatzgelder für Schülerbeförderung und Studienbeihilfen frei gemacht.

Bei der sozialen Gerechtigkeit schneidet das Unterrichtswesen der DG zwar bereits gut ab, aber das sei, so Unterrichtsminister Oliver Paasch (PJU-PDB), kein Grund, sich auf den Lorbeeren auszuruhen. Deshalb legt die Deutschsprachige Gemeinschaft in Sachen Kaufkraft nach und stellt jährlich 250000 Euro zusätzlich zur Verfügung.

Rückwirkend

Rückwirkend zum 1. September wird der Schulbus für alle unter zwölf Jahren gratis. Schüler und Studenten zwischen zwölf und 24 Jahren, die ordnungsgemäß an einer anerkannten Schule in der DG eingeschrieben sind, wird eine 50-prozentige Ermäßigung auf ihr Schulbusabonnement gewährt. Wer dieses Abo bereits bezahlt hat, kommt in den Genuss einer Rückerstattung, für die das DG-Ministerium derzeit die Modalitäten vorbereitet.

Aufgestockt werden unterdessen die Studienbeihilfen, die hierzulande nach wie vor und fälschlicherweise als Studienbörsen bezeichnet werden. Die Regierung erweitert - analog zur Französischen Gemeinschaft, und dies nicht zuletzt aus praktischen Erwägungen - den Kreis der Personen, die dafür in Frage kommen. Aus diesem Grund wird die Einkommensgrenze indexiert und zusätzlich um 6,5 Prozent angehoben. Und die Studienbeihilfen selbst werden um 13 Prozent aufgebessert.

Mittel- und langfristig

Neben diesen eher kurzfristig angelegten Maßnahmen will die DG-Regierung, die für diese Vorhaben Verschiebungen im laufenden Haushalt vornehmen musste, auch mittel- und langfristig den Hebel ansetzen. So wurde die Autonome Hochschule in der DG (AHS) beauftragt, die doppelte Problematik der Hausaufgaben(hilfe) und Nachhilfestunden in pädagogischer wie auch in finanzieller Hinsicht unter die Lupe zu nehmen.

Schließlich sollen auch die Kosten der Erziehungsberechtigten für Unterrichtsmaterial auf den Prüfstand gestellt werden. Dies macht jedoch einen breiten Dialog mit den Schulleitern und den gesamten Schulgemeinschaften erforderlich. Doch dieser Herausforderung will Unterrichtsminister Oliver Paasch sich stellen.